

Kernsuche

Tirol im 20. Jahrhundert

Die Geschichte Tirols im 20. Jahrhundert – 1919/20 mit der Abtretung Südtirols im Frieden von Saint Germain faktisch in Nord-, Ost- und Südtirol mit den Hauptorten Innsbruck, Lienz und Bozen geteilt – ist Gegenstand dieser ambitionierten, wissenschaftlich fundierten Darstellung. Bis zu Andreas Hofers Aufstand 1809 zurückgreifend, gibt Michael Gehler (aus Innsbruck kommend, nun in Hildesheim lehrend) in über hundert Abschnitten gegliedert einen bildhaften Überblick auf die Entwicklung des „Landes im Gebirge“, den prägnante Zitate aus zeittypischen Dokumenten und reiches Bildmaterial auflockern und ergänzen. Die historischen Grundlagen Tirols sieht Gehler in Wehrhaftigkeit, Religiosität, Freiheitswillen, Heimatverbundenheit und politisch-administrativer Eigenständigkeit; dies wird wohl auch anderen Bergvölkern zu attestieren sein. Prägnant schildert Gehler den italienischen Irredentismus, der schon im 19. Jahrhundert die Übernahme des Trentino in das werdende Königreich Italien forderte und die Furcht vor dem Pangermanismus, der noch 1984 Ministerpräsident Andreotti bewog, die deutsche Wiedervereinigung vehement abzulehnen.

Zwei Denkmale stehen für die wechselseitigen Ängste und Forderungen: seit 1889 in Bozen das nach Süden blickende Standbild Walters von der Vogelweide und das als Antwort 1896 in Trient erbaute, nach Norden gerichtete Dante-Denkmal. Gehler dringt detailfreudig bis in die Kommunalpolitik der drei Landesteile vor, schildert minutiös die wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse sowie die komplexen politischen Stränge der Bünde, Parteien und Vereinigungen in der Zeit vor und zwischen den Weltkriegen, des Faschismus, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit. Die führenden Persönlichkeiten, insbesondere die Landeshauptleute in Nord- und Südtirol, werden anschaulich vorgestellt. Die immer wieder überlagernde Südtirolfrage ist Leitmotiv der Darstellung. Bestechend analysiert Gehler die außenpolitische Behandlung der Südtirolfrage, vom Gruber-De-Gasperi-Abkommen von 1946 bis zur einvernehmlichen „Streitbeilegung“ dieser Frage durch Österreich und Italien vor den Vereinten Nationen 1992. Letztlich ist die Südtirolproblematik entschärft und gelöst worden durch das Zusammenwachsen der Europäischen Union. Der EU-Binnenmarkt und seine „Vier Freiheiten“ (Freier Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital), die Einheitswährung „Euro“ und der Wegfall der Grenzkontrollen haben – darin ist Gehler zuzustimmen – Tirol seiner „Landeseinheit“ weit näher gebracht, als man es vorher je zu hoffen wagte. Mit der Lösung der Südtirolfrage, wachsendem Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit der Südtiroler ist für Gehler ein wichtiger Identitätskern für Nordtirol entfallen, doch das historische und regionalpolitische Sonderbewusstsein sieht er nach wie vor stark und ungebrochen.

HANS JOCHEN PRETSCH

Michael Gehler: *Tirol im 20. Jahrhundert*. Vom Kronland zur Europaregion. Tyrolia Verlag, Innsbruck 2008. 527 S., 29,95 €.

Helmut Schmidts Stempel

Die vier Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet, Puerto Rico, London und Bonn

„Weltwirtschaft ist unser Schicksal“ – das in Anlehnung an einen berühmten Ausspruch Walther Rathenaus gefällte Diktum Helmut Schmidts kann heute noch mehr Berechtigung beanspruchen als in den 1970er Jahren, als zu den relevanten Akteuren auf der Bühne der Weltwirtschaftsgipfel nur die sechs größten westlichen Industriestaaten und Japan zählten. Sie repräsentierten 50 Prozent des Welt Handels und der Weltindustrieproduktion. Johannes von Karczewski wählt in seiner Studie über die vier ersten Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet, Puerto Rico, London und Bonn keinen multilateralen Untersuchungsansatz, sondern stellt Helmut Schmidt als Weltökonom und Weltmoderator ins Zentrum; denn der damalige Bundeskanzler konnte diesen Gipfeln seinen Stempel aufdrücken.

Um eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu verhindern, plädierte Schmidt nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods und dem Ölpreisschock von 1973/74, die die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatten, in geradezu obsessiver Weise für eine internationale Koordination der Krisenstrategien. Der Autor unterstreicht, dass Schmidts Sorge, die ökonomische Krise könne die innenpolitische Stabilität gefährden, nicht nur einer typisch deutschen, aus der eigenen Geschichte rührenden Sensitivität entsprang, sondern von fast allen westlichen Regierungschefs geteilt wurde. Allerdings darf man nicht übersehen, dass die Inflationsangst in keinem Land so tief sitzend wie in der Bundesrepublik war.

Vor dem Hintergrund, dass die Europäische Gemeinschaft 1974 vor einem Scheitern stand, das Projekt einer einheitlichen Energiepolitik im Sande verlaufen und die Bemühungen um eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion gescheitert waren, kann das Verdienst Schmidts und Giscard d'Estaings – dem der Bundeskanzler angesichts der Furcht der westlichen Partnerländer vor einer ökonomischen Hegemonie der Bundesrepublik den Vortritt ließ –, im November 1975 in Rambouillet einen Weltwirtschaftsgipfel einzuberufen, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wenn auch die Ergebnisse des Gipfels eher bescheiden waren. Dem Bekenntnis zum freien Welthandel und der Absage an den Protektionismus stand Großbritannien Wunsch nach selektiven Importkontrollen entgegen. Der zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestehende Dissens über freie oder feste Wechselkurse konnte nur kurzfristig durch eine Kompromisslösung beigelegt werden. Schon nach einigen Monaten schied Frankreich wieder aus der Währungsschlinge aus. Eine größere Stabilität im internationalen Währungssystem war nicht zu erreichen. Die engere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern blieb Postulat, dem keine konkreten Schritte folgten. Einig war man sich hingegen über die Intensivierung des Handels mit dem Ostblock, von der man sich Fortschritte auf dem Wege der Entspannung versprach. Der Kanzler, der die Auffassung vertrat, dass die Rezession zu mehr als 51 Prozent psychologische und politische Gründe habe, sah die herausragende Bedeutung des Gipfels in seinem „vertrauensbildenden Faktor“, durch den das Selbstbewusstsein der westlichen Industriestaaten gestärkt worden sei.

Drohte in den Jahren 1975/76 das westliche Bündnis zu einem deutsch-amerikanischen



Carter und Schmidt am 15. Juli 1978 in Bonn

Foto Jupp Darchinger (Dietz Verlag, Bonn)

nischen Pakt zu schrumpfen, so verschob sich die Gipfelarithmetik mit dem Wechsel von Gerald Ford zu Jimmy Carter im Amt des amerikanischen Präsidenten. Zwischen dem pragmatischen Weltökonom aus Hamburg und dem religiösen und moralisierenden Eiferer aus Georgia stimmte nicht nur die persönliche Chemie nicht, sie trennte auch ein handfester politischer Dissens. Während Carter eine strikte Politik der Nichtverbreitung nuklearer Technologien verfocht, weigerte sich Schmidt trotz des Washingtoner Drucks, das 1975 eingegangene deutsch-brasilianische Kernenergiegeschäft aufzukündigen. Der Kanzler ließ den Präsidenten darüber hinaus wissen, dass Deutschland nicht als konjunkturpolitische Lokomotive fungieren könne, die andere Staaten aus der Rezession herauszieht. Er lehnte es ab, sich von der amerikanischen Regierung ein expansives Konjunkturpaket aufoktroieren zu lassen, das die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik gefährden musste. Die Vereinigten Staaten, die unter einer wachsenden Dollarschwäche und infolge hoher Ölimporte einem gravierenden Leistungsbilanzdefizit litten, sollten vielmehr durch eine Politik der Geldwertstabilität und der Drosselung der Ölimporte zur wirtschaftspolitischen Konsolidierung beitragen.

Bei der Auseinandersetzung handelte es sich auch um einen Machtkampf zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem führenden Politiker Westeuropas. „Zwingt Jimmy Helmut in die Knie?“ titelte die Zeitschrift „Stern“ im Mai 1977 kurz vor dem Londoner Weltwirtschafts-

gipfel. Karczewskis detaillierte Darstellung der beiden Gipfel in London und Bonn führt vor Augen, dass der Präsident weitaus mehr Konzessionen machen musste als der Bundeskanzler, der sein Konjunkturpaket nur im Rahmen des finanziell Vertretbaren aufstockte. Der Streit in der Energiefrage endete in einem Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Kernenergie. Die Erfolge, die Schmidt auf den beiden Gipfeln verbuchen konnte, verdankte er der engen Übereinstimmung mit Giscard d'Estaing. Die konfliktreiche Beziehung zwischen Bonn und Washington schweißte Schmidt und Giscard noch enger zusammen und half schließlich 1978 das Europäische Währungssystem aus der Taufe zu heben. Karczewski stimmt dem langjährigen Korrespondenten der „Financial Times“ und Schmidt-Biographen Jonathan Carr bei, dass ohne Carter das Europäische Währungssystem, das die Position der Europäer gegenüber den Vereinigten Staaten stärkte, zu diesem Zeitpunkt nicht geschaffen worden wäre.

Abschließend kommt Karczewski zu dem Ergebnis, dass die Weltwirtschaftsgipfel ein Forum gebildet hätten, „in dem Schmidt einerseits die Bundesrepublik einbinden und damit die Ängste seiner Partner vor einer ökonomischen Vormachtstellung eindämmen konnte, andererseits aber seinem Bestreben nach Einfluss auf die ökonomische wie politische Gestaltung der wichtigsten Industrieländer Geltung verschaffen konnte“. PETRA WEBER

Johannes von Karczewski: *„Weltwirtschaft ist unser Schicksal“*. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 2008. 465 S., 42,- €.

Nur nicht am Sessel kleben . . .

Als die FDP 1965 den Koalitionspartner CDU/CSU ärgerte

Das Jahr 1965 im Spiegel der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung: die letzten vier Sitzungen der fünften Wahlperiode – dazwischen die Wahlen am 19. September, bei der sich der Zweitstimmenanteil der Union im Vergleich zu 1961 von 45,4 auf 47,6 Prozent erhöhte, während die FDP von 12,8 auf 9,5 Prozent zurückfiel. Nach außen konnte Bundeskanzler Erhard glänzen, insbesondere durch seinen Entschluss vom 7. März, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Dabei ging er davon aus, „dass von den arabischen Staaten hierauf mit dem Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik reagiert werde. Auch sei nicht auszuschließen, dass der eine oder andere Staat diplomatische Beziehungen zu Pankow aufnehme. Diese Konsequenz müsse jedoch in Gesamtinteresse der deutschen Politik hingenommen werden.“

Die Nahostpolitik ist Dauerthema des vorzüglich knapp, aber präzise kommentierten Bandes, den Personen-, Sach- und Ortsregister bestens erschließen. Unter vielem anderen beschäftigte sich die Regierung mit der Ministerialzulage, den finanziellen Hilfsmaßnahmen für die Presse im Westteil Berlins, der Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen und der Gestaltung des 20. Jahres-

tages des Kriegsendes. Vizekanzler Erich Mende (FDP) wandte sich dagegen, dass man „den Tag der Kapitulation feiern“ wolle, während Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase empfahl, dass „der Bundeskanzler in Rundfunk und Fernsehen des Tages gedenken werde, damit nicht kritisiert werden könne, wir hätten uns nicht daran erinnert“. Das Klima in der Koalition litt durch die Annonce der FDP in einer Illustrierten: „... die kleben nicht am Sessel“. Hierin empfahlen sich die Liberalen für die nächste Bundesregierung, denn sonst wären „dem Amtsmissbrauch und der Amtsanmaßung“ wieder Tür und Tor geöffnet. Die Unions-Minister waren empört, so dass Mende erklärte, dass ihm der Text nicht bekannt gewesen sei; die beanstandete Formulierung „konnte und sollte sich weder auf eine frühere noch die gegenwärtige Bundesregierung beziehen“. Sogar eine Berichtigung der Anzeige wollte er dem FDP-Vorstand vorschlagen, die dann aber nicht erschien. Jedenfalls ging es auf der Sitzung vom 21. Juli hoch her, weil die CDU/CSU-Minister auf „Rehabilitierung“ drangen und rechtliche Schritte erwogen.

RAINER BLASIUŠ

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Herausgegeben für das Bundesarchiv von Hartmut Weber. Band 18. 1965. Bearbeitet von Josef Henke und Christoph Seemann. R. Oldenbourg Verlag, München 2008. 635 S., 64,80 €.

Partner bei der Judenverfolgung

Kollaboration in Belgien, Holland, Litauen und Ungarn

Allein hätten die Deutschen den millionenfachen Mord an den europäischen Juden nicht bewerkstelligen können. Das eigene Personal in den besetzten Gebieten war nicht zahlreich genug, um die Erfassung, Ausplünderung und Deportation in die Vernichtungslager zu organisieren. Dass die Kollaboration der einheimischen Polizei, der Beamten und Eliten allerdings nicht nur erzwungen war, sondern oftmals bereitwillig geleistet wurde, ist ein heikles und lange Zeit verschwiegenes Kapitel des Holocaust.

Die Beiträge dieses wichtigen Bandes untersuchen die Unterstützung für die Judenverfolgung in den Niederlanden, Belgien, Litauen und Ungarn. So waren die holländischen Einwohnermeldeämter sorgfältig bemüht, ein exaktes „Judenregister“ zu erstellen, das es den Häschern ermöglichte, mit einer Gründlichkeit wie in keinem anderen besetzten Land nahezu sämtliche Juden zu verhaften und in den Tod zu deportieren. In Belgien war die Kollaborationsbereitschaft in den flämischen wie wallonischen Landesteilen durchaus unterschiedlich. Während Antwerpen dem deutschen Befehl, den „Judenstern“ einzuführen, sofort nachkam, verweigerte Brüssel die Mitwirkung mit dem ausdrücklichen Argument, die Kennzeichnung verletze die Menschenwürde. In Litauen und in Ungarn betrieben die Eliten eine aggressive Politik der ethnischen Homogenisierung, die sich insbesondere gegen die jüdischen Minderheiten richtete. Antisemitismus war schon vor der deutschen Besatzung verbreitet, und dann ergriff man rasch die Gelegenheit, bei der Deportation wie Ermor-

dung der Juden mitzuhelfen, um deren Vermögen und Besitz zu rauben.

Selbst die Sowjetunion war eine Zeitlang als Partner bei der Judenverfolgung im Blick der SS. Pavel Polian präsentiert ein außergewöhnliches Dokument aus dem russischen Staatsarchiv: den Brief der „Umsiedlungsverwaltung beim Rat der Volkskommissare“ an Molotow vom 9. Februar 1940, aus dem hervorgeht, dass die sogenannten „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Berlin und Wien angefragt hatten, ob die Sowjetunion bereit wäre, sämtliche deutsche und österreichische Juden aufzunehmen. Weitere Dokumente sind nicht vorhanden oder noch nicht gefunden. Aber der Vorgang zeigt, wie Polian rekonstruiert, in welchen Dimensionen beide Regime zu dieser Zeit planten.

Und noch ein zweites Dokument hebt diesen Band heraus, nämlich eine bewegende, erstmals ins Deutsche übersetzte Reportage von Wassili Grossman über die „Ukraine ohne Juden“, die er Ende 1943 als Kriegskorrespondent der Roten Armee geschrieben hat, nachdem mit dem sowjetischen Vormarsch die Massengräber und die Zerstörungen, die die deutsche Besatzung hinterlassen hat, entdeckt wurden. Heute sorgt auf Initiative des französischen Paters Patrick Desbois eine engagierte Forschergruppe dafür, mit Hilfe von *Oral History* die Stätten des Mordens in der Ukraine wieder kenntlich zu machen.

MICHAEL WILDIT

Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Herausgeber): *Besatzung, Kollaboration, Holocaust*. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Mit einer Reportage von Wassili Grossman. Oldenbourg Verlag, München 2008. 210 S., 24,80 €.

Für unsere Kinder: Brillenchic zum Nulltarif. Mit Gläsern von Zeiss. 3 Jahre Garantie. Und Mami muss nicht einen Cent dazubezahlen.

Rezept oder Berechtigungsschein genügt.

Brille: **Fielmann.**